

Alain Caillé, La démission des clercs. La crise des sciences sociales et l'oubli du politique, Editions La Découverte, Paris 1993, 297 S.

Zu vermelden ist ein zweiter Generalangriff auf „den Intellektuellen“ aus französischer Feder. Ihn hat vor einigen Jahrzehnten Julien Benda schon einmal attackiert – er nahm Anstoß am intellektuellen Verrat und verstand darunter das Faible des Geistes für die Politik, speziell in ihrer höchsten Zuspitzung, dem Krieg. *Caillé's* Kritik steht unter umgekehrten Vorzeichen; sie zielt auf die intellektuelle Abtreibung des Politischen im Namen eines sterilen Positivismus. Dieser Hang zur geistigen Neutralität soll im Trend der modernen Zeit liegen: etabliert hätten sich drei große Prinzipien – Markt, Repräsentation, Wissenschaft –, deren gemeinsames, wie wohl latentes Ziel es gewesen sei, „gegen alle Formen von Macht und Herrschaft zu kämpfen“ und deren geteilte, obgleich stille Hoffnung sich darauf gerichtet hätte, „ein für allemal mit dem Konflikt und der Politik Schluß zu machen“. Denn: „Der Markt ist eine Maschine, um die Macht der Aristokratie zu zerstören, der repräsentative Staat ist ein Instrument gegen die Macht der Kaiser und Könige, und Wissenschaft ist die finale Waffe gegen die Macht der Kirche.“ Oder positiv gewendet: „Das tiefste Ziel der modernen Sozialwissenschaft und politischen Philosophie ist es also, eine Gesellschaft ohne Macht zu er-

richten, eine apolitische Gesellschaft verwalteter Bedürfnisse, die ganz von selbst, sachgesetzlich, funktionieren würde.“ (S. 17f.)

So ähnlich hat das auch schon Carl Schmitt gesehen, der die Moderne als „Zeitalter der Neutralisierungen“ beschreibt und ihre unermüdlichen Versuche nachzeichnet, Machtfragen ohne Machteinsatz zu klären: in letzter Instanz (bei ihm) durch den Rekurs auf Technik oder, um das jüngste Produkt des apolitischen Eskapismus miteinzuschließen, mit Hilfe einer ausgeklügelten Sozialtechnik. Darunter fallen so unterschiedliche Ansätze wie Nozicks Bemühungen, das Eingriffsrepertoire eines „minimalen Staates“ allgemeinverbindlich abzuleiten; oder die Habermas-Idee, Herrschaftsansprüche in herrschaftsfreien Diskursen handlungsentlastet und mit symmetrischen Beteiligungschancen zu entscheiden; oder der von Rawls vorgeschlagene Weg, „faire“ Gerechtigkeitsprinzipien aufzustellen, denen sich jedes (liberale) Vernunftwesen, unabhängig von seiner speziellen Lage, zwanglos beugen können müßte; oder auch das neo-klassische Programm eines v. Hayek, dessen ungeteilte Liebe dem Markt gehört: im Rahmen von law and order sollen Angebot und Nachfrage darüber entscheiden, was den Vorrang vor anderem hat. *Caillé* verabschiedet diese Projekte allesamt: für ihn variieren sie lediglich ein ärgerliches Thema: nämlich die Abdankung der Intellek-

tuellen. Es ist nur konsequent, wenn er dann, im Bemühen um Revision, den letzten „Machthaber“ des Geistes wieder einsetzt: eben Carl Schmitt. Der habe, prinzipiell jedenfalls, darin Recht gehabt, „den Gegensatz von Freund und Feind zum spezifischen Kriterium des Politischen zu machen, und jenen als Souverän anzuerkennen, der in oder besser über den Ausnahmezustand entscheidet“ (S. 270). Freilich dürften das einigende Band und die trennende Linie nicht metaphysisch fixiert – in völkische Gestalten gegossen – werden; vielmehr müßten sie sich im demokratischen Prozeß immer wieder als sinnfällig erweisen: „neu genährt und wieder erschaffen“ (S. 271). Auch nach dieser demokratischen Wendung bleibt ein Verdacht zurück: der nämlich, daß die Intellektuellen ihre schuldhaftige Abdankung durch den neuerlichen Verrat wettmachen müßten – auch „Demokratien und ihre Bürger sind nicht immun gegen das Fieber des Krieges“ (William Pfaff).

Wolfgang Fach

Heinz Klegler, Der neue Ungehorsam. Widerstände und politische Verpflichtung in einer lernfähigen Demokratie, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 1993, 502 S.

Also noch ein Buch über Bürgerinitiativen und ihre besonderen Aktionsformen, dazu eines, das sage und schreibe ein halbes Tausend Seiten benötigt, um seinen Gegenstand in den Griff zu bekommen. War das wirklich notwendig, nachdem die Debatte um dieses Phänomen ihren Höhepunkt eigentlich in den achtziger Jahren überschritten hatte, nachdem ungezählte Stellungnahmen der unmittelbar Betroffenen klargemacht haben, was diese Gruppen wollen und warum sie zu unkonventionellen Mitteln greifen (man denke etwa an die vielen Einlassungen von Walter Jens als einem der prominentesten Vertreter); nachdem schließlich von Großphilosophen wie John Rawls oder Jürgen Habermas ausführliche Analysen vorliegen, die systematisch ausloten, unter welchen Bedingungen und mit welchem Recht bestimmte Anliegen sich außerhalb des legalen Raumes, aber dennoch auf legitime Weise Gehör verschaffen dürfen?

Um die Antwort vorwegzunehmen: die Beschäftigung mit *Klegers* Sicht des „bürgerlichen“ Ungehorsams lohnt, jedenfalls vermittelt sie Einsichten, die so bisher noch nicht